

Workshop "Wissenschaftliche Reflexion zum Programm Soziale Stadt"

Ergebnisprotokoll

21.02.2018, 9:30 -14.00 Uhr,

Evangelischen Brüdergemeine, Kirchgasse 14, 12043 Berlin-Neukölln

Knut Henkel, SenSW

TOP 1 Begrüßung

Herr Henkel begrüßt alle Anwesenden des Workshops. Das 20-jährige Jubiläum des Quartiersmanagements soll dazu genutzt werden, im Vorfeld gemeinsam mit allen an der Sozialen Stadt in Berlin beteiligten Akteuren die bisherige Arbeit zu überprüfen. Den Auftakt dafür bildeten die Diskussionen auf dem Quartiersrätekongress 2017. Es wurden Befragungen der Quartiersräte und der Verfahrensbeteiligten in den Bezirken, in den QM und auf Ebene der Senatsverwaltung durchgeführt. Und es gibt jetzt bis Mai 2018 eine Workshop-Reihe. Aus diesen verschiedenen Elementen wird im Anschluss daran ein Papier entwickelt, das den Stand, Perspektiven und Ideen für die zukünftige Ausrichtung des Programms in Berlin aufnimmt. Diese Zusammenschau wird dann die Grundlage für weitere Diskussionen sein, so dass wir im kommenden Jahr ein gemeinsames, abgestimmtes Ergebnis zum Jubiläum vorlegen und über den Kreis der direkt am Programm beteiligten Personen hinaus bekannt machen können.

Bevor sich die kommenden Workshops eher den praktischen Fragen des Programms widmen, soll auf dem ersten Workshop heute die "Sinnfrage" gestellt werden. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Programms und damit seine Entwicklung werden in den Blick genommen.

Der reiche Erfahrungsschatz der vergangenen 20 Jahre erlaubt es, zu sehen, was funktioniert und was nicht. Es geht darum, vor dem Hintergrund der z.T. sehr strikten Rahmenbedingungen eine gute Umsetzung des Programmes in Berlin hinzubekommen. In Bezug auf die Gegenwart soll es uns gelingen, unterschiedliche Perspektiven auf die aktuellen Entwicklungen auszutauschen, Querbezüge untereinander und zu anderen Politikfeldern herzustellen. Und es ist auch immer der Abgleich mit der Realität, nicht immer angenehm, aber notwendig. Auch die Zukunft spielt als Möglichkeitsraum über den Alltag hinaus eine Rolle. Was sind die Dinge, die noch entwickelt werden und wachsen können? Wir sollten aber eben auch keiner unerreichbaren Fata Morgana hinterherlaufen.

Im Kern geht es in den Workshops darum, nochmals neu über Quartiersmanagement nachzudenken. Wie kann sich Quartiersmanagement in Zukunft innovativ entwickeln? Wo können andere Akzente gesetzt werden? Wofür brauchen wir Quartiersmanagement? Wo sind die Aufgaben, die nur Quartiersmanagement lösen kann, wo liegt der spezielle Beitrag? Die Evaluierung zum Bundesprogramm hat gezeigt, dass QM mit vielen Wünschen und Erwartungen konfrontiert ist, aber auf Grund der Konstruktion des Programms manche dieser Erwartungen schwer zu erfüllen sind. Bei der auch an das QM herangetragenen Forderung "mehr zu machen", muss gefragt werden, ob dies immer leistbar und realistisch ist. Wir sollten dabei im Blick behalten, das Quartiersmanagement einen verhältnismäßig bescheidenen Anteil am Landeshaushalt von Berlin hat. Angesichts eines Volumens von 34 Millionen pro Jahr und bei einem Landeshaushalt von ca. 28,6 Milliarden wird deutlich, dass QM nicht alle Probleme selbst lösen kann. Deshalb gilt es genau zu fragen, was Quartiersmanagement kann und vielleicht in Zukunft auch noch besser machen kann. Auch das Thema der Repräsentationslücke der Demokratie, der Gewinnung von Mitbürger*innen an demokratischen Prozessen kann sicherlich nicht allein durch das QM bearbeitet werden.

Ein Wunsch für die heutige Diskussion ist es, schon einige Ideen für das "Quartiersmanagement der Zukunft" in 10 oder 20 Jahren zu entwickeln. Das kann erfahrungsgesättigt und ohne Scheuklappen angegangen werden. Zugleich sollte allen bewusst sein: Veränderungen brauchen einen langen Atem, oft sind hier komplexe Prozesse zu bewältigen.

Herr Henkel bedankt sich bei allen an der Vorbereitung involvierten Personen, bei den Referenten und bei der Moderatorin der heutigen Veranstaltung.

Prof. Dr. Simon Güntner,
HAW Hamburg

TOP 2 Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ – eine sozialwissenschaftliche Perspektive (Präsentation in der Anlage)

Herr Güntner stellt in einem kurzen Abriss die Entwicklung des Programms Soziale Stadt in Deutschland und speziell in Berlin von den Anfängen bis heute dar. Es werden sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Programmatik und Programmarchitektur präsentiert. Ohne Zweifel gehört es hervorgehoben, dass hier in einem Programm der Städtebauförderung, die Gebiete sozial, nicht vordergründig baulich erfasst und betrachtet werden. Das Berufsfeld der Quartiersmanager*in hat sich erst im Laufe der Programmentwicklung etabliert. Beteiligung und Beteiligungskonzepte waren und sind nicht oder nur sehr unzureichend Teil der Curricula einschlägiger Studiengänge. Die Arbeit des Quartiersmanagements muss erst in der Praxis erlernt werden. Beim Start des QM in Berlin wurde auf verschiedene Instrumente der Stadtentwicklungspolitik zurückgegriffen, insbesondere auf die Erfahrungen der behutsamen Stadterneuerung und den damit erprobten Beteiligungsstrukturen. Hinzu kam der Fokus auf soziale Interventionen und nicht lediglich auf städtebauliche Missstände. In der Sozialen Stadt sollten diese beiden Ansätze zusam-

mengebracht werden. Die gesamte Entwicklung war eingebettet in übergeordnete Debatten und Entwicklungsziele („Acquis Urbain“). In der Konsequenz waren und sind die Kommunen und in Berlin die Bezirke dazu verpflichtet, einen „europäischen Mehrwert“ nachzuweisen, um die EU-Förderung wahrnehmen zu können. Das zwingt letztlich dazu, immer wieder nach innovativen Lösungsansätzen zu suchen. Wichtig innerhalb der institutionellen Logik ist die Befristung des Programms, d.h., die Arbeit des Quartiersmanagements ist immer als temporärer Ansatz bei vergleichsweise bescheidenem Mitteleinsatz zu verstehen. Seit 2004 gibt es mit der Aufnahme des Programms ins Baugesetzbuch eine gesetzliche Grundlage der Arbeit. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher bundespolitischer Konstellationen war das Programm in den 2000er Jahren von einer sehr schwankenden Mittelbereitstellung betroffen. In den letzten Jahren ist die Soziale Stadt durch zunehmende Wohnungsnot, Gentrifizierung und Zuwanderung mit neuen Herausforderungen konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund kam die Zwischenevaluierung des Bundesprogramms zu ambivalenten Ergebnissen: Einerseits leistet das Programm einen sehr wichtigen Beitrag, andererseits kann keine zuverlässige soziale Stabilisierung erwartet werden. Angesichts der begrenzten Ressourcen werden auch die begrenzten Möglichkeiten des Programms deutlich. Kurz: Die Ziele der Sozialen Stadt, so ein Fazit der Evaluation, sind zu hoch gesteckt bei zudem zu geringen Mitteln. Die Soziale Stadt funktioniert als „Programm“, doch sollte sie zunehmend zu einer (gesamtstädtischen) „Politik“ werden. Initiativen zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit sind ein Schritt in diese Richtung.

Die Ziele des Programms bestehen darin, neues Verantwortungsbewusstsein für das Zusammenleben im Stadtteil hervorzubringen, den sozialen Zusammenhalt eines Quartiers zu stärken, und die Lebensperspektiven und -bedingungen der dort lebenden Menschen zu verbessern. Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Herausbildung eines neuen Verantwortungsbewusstseins erfolgt hier unter der Fragestellung des Einflusses von Teilnehmungsformen auf die Förderung einer demokratischen Gesellschaft. Das QM kann dabei sowohl als Lernfeld für Demokratie begriffen werden, ist aber auch mit "postpolitischen" Faktoren konfrontiert. Sie steckt zudem in dem Dilemma, die zeitlichen und formalen Vorgaben des Programms einhalten zu müssen und daher immer unter Zeit- und Entscheidungsdruck zu stehen. Der wesentliche Einflussfaktor bei der Beteiligung ist die Selbstwirksamkeitserfahrung – es beteiligen sich Menschen dann, wenn ihnen schon einmal zugehört wurde. Bei der Frage des sozialen Zusammenhalts bewegt sich die Soziale Stadt im Spannungsfeld zwischen Anerkennung durch Kontakt und der Anerkennung durch Auseinandersetzung/Konflikt. Für die Mitbestimmung im Rahmen von QM bedeutet dies: Menschen, die sich noch nicht im QM beteiligen, aber in anderen Zusammenhängen einmal erfolgreich beteiligt haben (also über Selbstwirksamkeitserfahrungen verfügen) sollten vom QM gefunden werden, um sie für eine Beteiligung am Soziale Stadt Verfahren zu

gewinnen. Die Soziale Stadt ist dabei gefordert, eine "Begegnungskultur", aber auch eine "Konfliktkultur" herzustellen. Hier könnte eine Strategie des QMs sein: aus konflikthafter Themen Möglichkeiten der Auseinandersetzung zu schaffen und daraus Themen für die Gebietsentwicklung zu generieren, bevor es zur Eskalation kommt. In der Projektlogik müsste es viel mehr Projekte ZUR Beteiligung als MIT Beteiligung geben. Wichtig ist, die Selbstorganisation der Menschen zu fördern, gerade dort, wo es solche Strukturen kaum oder noch nicht gibt.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort zielt vor allem auf die Bewohner*innen ab, für die der Stadtteil mit seiner sozialen Infrastruktur eine wichtige Rolle spielt. Das betrifft vor allem junge und ältere Menschen sowie Arbeitslose. Für erwerbstätige Personen gibt es in diesem Bereich eine deutliche Verbindung zur lokalen Ökonomie. Auf übergeordneter Ebene sind es bspw. Entwicklungen am Arbeitsmarkt, strukturelle oder institutionelle Diskriminierungen, die sich dem Einflussbereich der Sozialen Stadt entziehen. Die alltagsrelevanten Institutionen im Stadtteil sollten - weil als Bezugssystem für Betroffene relevant - hinsichtlich ihrer Integrationsleistung gestärkt werden.

Die Programmarchitektur der Sozialen Stadt ergibt sich aus dem institutionellen Rahmen der Städtebauförderung und nicht unmittelbar aus der Problemkonstellation vor Ort. Die Folgen sind einerseits strukturelle Überforderung bei der Lösung sehr komplexer Probleme und hohe Erwartungshaltungen. Doch andererseits bietet dieser Rahmen auch einen Raum für Experimente, die aber dauerhaft nicht von der Sozialen Stadt weitergeführt werden können.

In der Schlussfolgerung bleibt festzuhalten, dass das Programm Soziale Stadt die avisierten Ziele nicht alleine erreichen, aber einen Beitrag leisten kann, die Situation in den Quartieren zu verbessern. Die Projekte der Sozialen Stadt sind Schritte auf diesem Weg, nicht der Zweck. Die Kleinteiligkeit des Programms leistet auf analytischer Ebene zugleich ein besseres Verständnis für soziale Probleme und neue Problemlösungsstrategien. (Präsentation in Anlage 1)

Prof. Dr. Oliver Fehren,
Alice-Salomon-Hochschule
Berlin

TOP 3 Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit – ein ambivalentes Verhältnis?

Prof. Fehren stellt die Geschichte der Gemeinwesenarbeit, entstanden im Kontext der 1968er Bewegung dar. Gemeinwesen, das waren die gesellschaftlichen Perspektiven, die Strukturen im Umfeld der Adressaten. Die Gemeinwesenarbeit galt auch als „subversives Kind der Sozialen Arbeit“. Mit den Worten des Soziologen Ulrich Beck könnte die Haltung der Sozialen Arbeit zur Gemeinwesenarbeit "verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre" charakterisiert werden. Seit Ende der 90er gewann die Gemeinwesenarbeit auch im Kontext der Sozialen Stadt wieder mehr an Bedeutung und es kam zur Verbandsgründung. Einige Akteure der Gemeinwesenarbeit haben die Soziale Stadt sehr begrüßt, bezeichneten QM als „Gemeinwesenarbeit mit Geld“. Kritik an der Sozialen Stadt seitens der Gemeinwe-

senarbeit, warf dem Programm eine top-down-Logik vor, während sich Gemeinwesenarbeit eindeutig zum bottom-up bekannte.

Gemeinwesenarbeit widmet sich weniger den „Verschönerungsthemen“ („Wie kann die Straße, der Spielplatz unser Kiez schöner werden?“), sondern wendet sich gezielt den Konfliktthemen zu, nutzt diese zur gemeinsamen Auseinandersetzung, denn daraus generiert sich Engagement. Und – ein wichtiges Element der Gemeinwesenarbeit kommt hier zum Tragen – diese Auseinandersetzung und Prozessgestaltung geschieht nicht vom einem Büro aus, sondern durch aufsuchende Arbeit. Ebenso ist der Selbstorganisationsansatz wesentlich in der Gemeinwesenarbeit. Er behandelt die kollektive Organisation individueller Interessen. Auch ist die „Parteilichkeit“, hier die Parteilichkeit mit den „schwachen Interessen“ Merkmal der Gemeinwesenarbeit. Lange war Gemeinwesenarbeit aufgrund der starken Orientierung am Individuum (nicht an Strukturen), „institutionenblind“. Inzwischen wird die Aktivierung von Institutionen als ebenso wichtig betrachtet, wie die der Bewohner*innen.

Das Gemeinwesenarbeit-Mehrebenen-Prinzip beinhaltet, dass eine nachhaltige Verbesserung der Stadtteile Ressourcen von außen anzapfen muss, dass die Bewohner*innen nicht für die strukturellen Defizite im Stadtteil verantwortlich sind. Gemeinwesenarbeit steht dafür, im Lokalen zu beginnen, jedoch nicht im Lokalen stecken zu bleiben. Ein wesentlicher „Auftrag“ der Gemeinwesenarbeit ist es, nichts zu tun, was Menschen selber machen können, aber alles, damit sie es tun können. Ein Bild dafür ist die „Räuberleiter“: Gute Gemeinwesenarbeit ist wie eine Räuberleiter, gesehen werden letztlich nur die Menschen/Bewohner*innen, die mit Hilfe der Räuberleiter über den Zaun reichen.

Auch in diesem Vortrag wird die zeitliche Befristung des Programms als Problem dargestellt. Eine „Entlassung“ nach „Heilung“ ist ein falscher Blick, und diese Vorstellung der „Heilung“ ist zudem nicht realistisch. Es darf sich nicht damit abgefunden werden, dass eine dauerhafte Förderung unbenommen nach BauGB nicht möglich ist. Anschlussförderungen müssen zwingend gefunden werden, denn es gilt „Ungleiches ungleich zu behandeln: Wo mehr Armut ist, muss stärker gefördert werden.“ Ein gutes Beispiel für einen geschaffenen Anschluss (Verstetigung) ist der Wrangelkiez, wo eine Gemeinwesenarbeit-Stelle geschaffen und an vorhandene Strukturen angebunden wurde. Gemeinwesenarbeit sollte nicht mit Soziale-Stadt-Geldern finanziert werden, denn sie sind befristet.

Prof. Fehren fasst zusammen:

- QM als Managementaufgabe ist extrem komplex (verglichen mit anderen Managements)
- Gemeinwesenarbeit sollte stärker in QM-Praxis aufgenommen werden, doch Vorsicht, Gemeinwesenarbeit braucht Flexibilität und „beißt“ sich zuweilen mit starren Rahmen, wie er etwa durch das Programm vorgegeben wird
- aufsuchende Arbeit stärker in QM einbeziehen, das kann QM, Stadtteilzentren leisten das kaum (gute Zentrenarbeit, aber selten gute Gemeinwesenarbeit)
- Konfliktthemen sollte QM stärker als Ressourcen zur Aktivierung und Generierung von Engagement nutzen, nicht davor zurückschrecken und zu harmonisieren versuchen. Zuviel Harmonie ist oft ein Zeichen dafür, dass nicht alle am Tisch sind.
- schwache Interessen (nicht nur Mehrheiten) sollten stärker einbezogen werden
- Gemeinwesenarbeit und QM sollten und können viel voneinander nutzen, z.B. top-down und bottom-up
- der Erfolg des Programms Soziale Stadt ist ganz maßgeblich davon abhängig, wie sich Verwaltung und Politik dazu stellen und sich engagieren.

(Präsentation in Anlage 2)

TOP 4. Diskussion

Wie können die Einflussfaktoren für Partizipation gestärkt werden?
Sind die QM-Teams dafür gewappnet?

Es ist nicht nur eine Frage, die an die QM-Teams geht. Es muss auch gefragt werden: Was ist möglich, was nicht? Und es muss dafür einen Rahmen geben. Die Frage der Partizipation hängt auch davon ab, dass die Verwaltungen in Senat und Bezirk diese Partizipation auch ermöglichen. Die besondere Qualität des Programms in Berlin besteht eben darin, dass Menschen über Projekte nicht nur beraten, sondern über die Verteilung von Geldern im Rahmen der Förderbestimmungen entscheiden können. Das gibt es so an keiner anderen Stelle. Und das sollte auch so bleiben. Es sollten keine Entscheidungen gegen den Willen des QR gefällt werden. Es ist wichtig, dass diese besondere Qualität der Sozialen Stadt auch erhalten bleibt. Solche Möglichkeiten sind gewissermaßen das Gegenteil von post-politischen und pseudodemokratischen Entscheidungsprozessen.

Das Programm darf sich nicht von der Gesamtstadt und seinen Entwicklungen abkoppeln. Es bedarf der gesamtstädtischen Perspektive und Anstrengung, um das Problem der Segregation (die armen Gebiete bleiben arm)

anzugehen und die Folgen der Gentrifizierung ernst zu nehmen.

Der Projektfonds und das Verfahren zur Bewilligung von Projekten rückt – je nachdem wie alt die Gebiete sind – stärker in den Hintergrund. Die Mitbestimmung des Quartiersrates ist daher gar nicht mehr so relevant, viele Probleme sind evident und liegen auf der Hand. Es wäre wichtig, dass auch andere Formate entwickelt werden, mit denen andere Leute erreicht werden. Ein Eindruck ist, dass Geld nicht unbedingt zusammenhält, die Diskussionen im Quartiersrat sind oft viel angeregter, wenn es nicht ums Geld geht. Es wäre gut, freier arbeiten zu können und die Menschen, die mitmachen wollen nicht so stark an die Förderverfahren zu binden. Das kann ein Stadtteilparlament oder eine andere Form sein. Darüber hinaus sollten Kommunikations- und Arbeitsstrukturen des QM noch stärker in die Verwaltung eingezogen werden. Es müsste Orte geben, wo Verwaltung und Bürger direkter miteinander zu tun haben.

Nicht nur der Bezirk/ die Verwaltung sollte mehr ins Quartier, auch das Quartiersverfahren sollte stärker in die Bezirke/ Verwaltung, z.B. die QR in Ausschusssitzungen der Bezirksverordnetenversammlung einladen.

Für die soziale Arbeit ist zu sagen, dass die Studierenden relativ wenig über Beteiligung und Aktivierung lernen. Es gibt zwar Professuren dafür, aber im Curriculum taucht das systematisch nicht auf und wird eher projektbezogen behandelt. Vermutlich ist das in den anderen Professionen, aus denen sich Quartiersmanager*innen rekrutieren, ähnlich. Es wäre sicherlich interessant, wenn seitens des Senates diesbezüglich an die Hochschulen herangetreten wird. In anderen Berufsfeldern passiert das bereits. Die Hochschulen müssen stärker wissen, was für Qualifikationen benötigt werden.

Die Einflussfaktoren für Beteiligung speisen sich auf individueller Ebene sehr stark über die Selbstwirksamkeitserfahrung. Die Institutionen in denen das naheliegt, ist die frühkindliche Bildung. Hier hat sich die Institutionenlandschaft in den letzten Jahren stark gewandelt, es gibt einen Organisationsgrad, innerhalb dessen gut gearbeitet werden kann. In Hamburg gibt es das Beispiel, dass einige Kitas ausgehend von der Kinderrechtecharta der UN Umsetzungspläne gemacht haben, so dass Kinderrechte in der Kita eingefordert werden können. Die Etablierung so einer Kultur des Ernstnehmens von Kinderrechten in der Kita wäre mit Blick auf Demokratiebildung ein ganz wichtiger erster Punkt. Wenn das QM den Auftrag hat, in den Quartieren neues Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln, dann sind Quartiere nicht nur als öffentlicher Raum im Sinne von Parks, Straßen etc. zu denken, sondern auch mit ihren öffentlichen Institutionen im Stadtteil. Inwiefern haben die Quartiersmanager*innen die Möglichkeiten, auf die Institutionenlandschaft einzuwirken, damit diese neue Verantwortungskultur erreicht werden kann?

Den Ansatz und den Anspruch haben sicherlich viele QM-Teams, aber oft scheitern sie an Personen und an einer Struktur in der Verwaltung. Am Beispiel der Schulen ist bekannt, dass es an den Personen liegt, die diese Schulen leiten. Wenn dort das Interesse da ist, dann ist die Tür geöffnet, oder eben nicht. Das Thema ist ein wichtiges, aber es fehlt da auf verschiedenen Ebenen der Wunsch des Miteinanders, diesen Prozess wirklich zu verankern.

Ein ressortübergreifender ernsthafter Ansatz von Sozialer Stadt müsste sich die Frage stellen, nach welchen Kriterien die Schulleiter*innen ausgewählt werden. Also auch danach zu fragen, ob Schulleiter*innen einen Beitrag zum Quartier leisten wollen. D.h., hier müssten die Verwaltungen stärker miteinander ins Gespräch kommen. In öffentlichen Einrichtungen sind die Personen nicht per Zufall besetzt. So etwas sollte viel stärker gesteuert werden.

Die Gelegenheit, als Quartiersmanagerin einmal bei der Wahl eines Schulleiters dabei gewesen zu sein, war eine sehr positive Erfahrung. Es war natürlich wichtig, welche Auswirkungen das für das Quartier hat. Die Akteure haben sich dadurch frühzeitig kennenlernt, sich auf bestimmte Ziele geeinigt und das hat bis zum Ende sehr gut geklappt.

Das Quartiersmanagement-Verfahren ist auch in der Lage, eine spezifische - auf das Quartier gerichtete Sichtweise - einzubringen, die sonst vielleicht nicht gegeben wäre. So kann der Fokus eines Bildungsverbundes bspw. stärker auf den Lerninhalten als auf dem Quartier liegen.

Die spezifische Qualität der Sozialen Stadt sind die Beteiligung und die ressortübergreifenden Strukturen. Die sind ja in den vergangenen Jahren bereits geschaffen worden. Der Hinweis, Strukturen das QMs mehr in die Verwaltung zu holen, ist gut, damit das Sprachrohr aus den Quartieren nicht verloren geht. Der Bezirk löst das damit, dass es bei Ausschusssitzungen einen festen Tagungsordnungspunkt „Bericht aus den Quartieren“ gibt. Das ist schon eine ganz gute Errungenschaft und gibt auch eine gute Grundlage für die Verstärkung der Quartiere. Solche Strukturen müssten noch weitergehend nutzbar gemacht werden.

Verbindung von QM zu Sozialraumorientierte Planungscoordination, integrierte Verwaltung überall: Sollte das Programm Soziale Stadt an das Sozialamt angedockt werden, um die Verankerung in der Gemeinwesenarbeit zu sichern?

Im Prinzip sind die hier diskutierten Fragen Dinge, die für die gesamte Stadt gelten. Beteiligungsprozesse, Aktivierung und integrierte Verwaltung sind da die Stichpunkte. Bei Letzterem wird jetzt genauer geschaut, woraus ein Quar-

tier besteht und dann die sozialräumliche Planung aufgesetzt. Die Soziale Stadt mit dem großen Anspruch des ressortübergreifenden Arbeitens sollte bei dem/ der Bürgermeister*in angedockt sein. Das ist die einzige Funktion, die nicht ressortgebunden denkt. Alles andere sind Behelfslösungen. Es ist sehr gut, dass es das Programm Soziale Stadt gibt, aber bedauerlich zugleich, dass es so stark einer städtebaulichen Logik unterliegt. Das ist keine Kritik am Städtebauministerium, sondern eher eine Kritik an anderen Ministerien. Die integrierte Logik wird zwar den Kolleg*innen des QM vor Ort zugemutet, aber auf Bundes- und Landesebene passiert hier viel zu wenig. Da wird weiterhin ressortspezifisch agiert. QM hat kein Mandat, das zu flicken.

Wir bewegen uns an einem Punkt, der die Schnittstelle von Verwaltung und Politik berührt. QM-Teams müssen z.T. vor Ort kompensieren, dass die Fachlogiken der Verwaltungen in der Stadtpolitik nicht miteinander abgestimmt sind. Die Quartiersmanager*innen sind nicht dafür da und nicht dafür ausgestattet, Verwaltungsaufgaben abzuarbeiten.

Nicht jede Politik, jede Verwaltung ist raumorientiert, es gibt Politikbereiche, die anders orientiert sind und daher schwer an den Tisch zu bekommen, wenn es um den Sozialraum geht. Es wäre interessant, wie man diese Institutionen mehr auf den Raum fokussieren kann.

Warum die Unterscheidung zwischen Institution und Raum? Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Institution für den Raum sensibel wird, wenn sie als Teil des Raumes wahrgenommen wird. Schulen dürfen nicht aus dem Raum ausgegrenzt werden. Um das Klassenzimmer mit in die Soziale Stadt zu bekommen, brauche es eine Politik der Sozialen Stadt, die es ermöglicht, hinter die Klassentür zu gehen. Es ist eben nicht zu verkennen, dass Stadtentwicklungspolitik auch Bildungspolitik ist. Eine Schulhofumgestaltung ist eben nur die halbe Miete. Dadurch dass die Politik in ein institutionelles Gefüge eingehaust ist, sind wir eben nicht im Klassenzimmer. Das ist „Elfenbeinturm-Denke“. Die Realität vor Ort ist eine ganz andere. Es gibt in den Quartieren ganz unterschiedliche Projekte, die in den Schulen und mit den Schüler*innen stattfinden. Aber die Frage ist auch, woher kommen die Schulleiter*innen? Die Schulverwaltungen sind mittlerweile froh, überhaupt jemanden zu finden, der eine Schulleitung auf sich nimmt. Dann gibt es noch die Frage der Ausstattung der Schulen. Die Frage ist nur, wo ist die Verbindung zwischen dem Anspruch der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungen und der Tatsache, dass QM kein politisches Projekt ist. Wir setzen an Realitäten an, die komplex sind und auch politische Dimensionen haben, aber in Verwaltung integriert sind. Früher war QM bei den Bürgermeister*innen angesiedelt, das hat es z.T. einfacher, mitunter aber auch komplizierter gemacht. Und es hat z.T. auch Erwartungen an das Programm geweckt, die sonst nicht an die Soziale Stadt herangetragen werden. QM macht sehr viel, aber es gibt auch eine Reihe von Systemen, auf die die Soziale Stadt keinen

Einfluss hat.

Aus Sicht der Senatsverwaltung für Bildung ist nochmals zu betonen, dass auch in den Schulen in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden hat: mit Ganztagschulen, Jugendsozialarbeit und der Öffnung der Schulen in die soziale Praxis. Hier gibt es schon auch eine Bereitschaft der Schulen, sich dem Stadtraum und Problemen außerhalb der Schulen zu öffnen. Da wird auch die Notwendigkeit dieses Handelns deutlich gesehen. Gerade bei den Grundschulen ist der räumliche Blick deutlich ausgeprägt. Es wurde ein langjähriger Prozess von Schule und Jugendhilfe angestoßen und es gibt aktive Kooperationsnetzwerke, in denen auch Vertreter*innen aus der Stadtentwicklung, dem Gesundheitsbereich und der Kultur aktiv sind.

In den Quartieren sind die Grundschulen in den Quartiersräten. Auf der Akteursebene haben wir eine Integration der unterschiedlichen Institutionen schon gefördert. Auf der Verwaltungsebene scheint sich das noch schwieriger zu gestalten.

(Anlage 3: Blitzlichtkarten)

Knut Henkel, SenSW

TOP 5 Zusammenfassung, Ausblick

Einige Punkte der spezifischen Qualität der Sozialen Stadt konnten heute schon herausgearbeitet werden. Andere Fragen werden wir mit in die nächsten Workshops nehmen. Ziel dieses ersten Workshops war es vor allen, wichtige Fragen zum Programm aufzuwerfen, die im Detail im weiteren Verlauf diskutiert werden sollen. Das werden wir tun.

Aufgestellt im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, 13.03.2018

D. Maier, K. Stelmacher

PBA/Planergemeinschaft

Verteiler: Teilnehmende und Eingeladene